

# Volksblatt

Das „Volksblatt“ erscheint jeden Sonntag abends mit der illustrierten Beilage „Wolk und Zeit.“

## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Postgebühren.

# Der Kampf um die Bürgerblockregierung.

### Stresemann verlangt eine Rechtsregierung. / Rechtsregierung bedeutet Poincares Wiederkehr.

#### Die Stellung der Parteien.

Die Auseinandersetzungen über die Neubildung und Erweiterung der Reichsregierung werden in der Berliner Presse fortgesetzt. Das „Berliner Tageblatt“ betont zu dem Zweck, unter dem Druck der Volkspartei ein Kabinettskandidat zu bilden, daß die Demokratische Partei weder direkt noch indirekt mit einem solchen Kampfe etwas zu tun haben will.

Ein ähnliches Scheitern wie das „Berliner Tageblatt“ betrifft die „Vossische Zeitung“. Diese schreibt: „Es entspricht der Logik des Wahlkampfes, wenn die Regierungsbildung, die der Reichstangler wiederholt als wünschenswert bezeichnet hat, durch Veranlassung der Sozialdemokratie erfolgt.“

Das Organ des Herrn Stresemann, die „Zeit“, erklärt heute dagegen ganz offen, daß die Große Koalition nicht möglich ist. Sie schreibt:

„Wir glauben nicht, daß es auf diese Weise gehen wird. Die Deutsche Volkspartei hat im alten Reichstag eine geradlinige Politik verfolgt, die in die Sinne einer gesamtbürgerlichen Regierung einmünden sollte.“

Die Volkspartei mit ihren 80 Mann wird also den Versuch unternehmen, das republikanische Bündnis der verfassungstreuen Parteien zu spalten, um trotz des klaren Wahlausganges eine Rechtsregierung herbeizuführen. Es liegt bei der Zentrumspartei, ob dieser Mißbrauch eines parlamentarischen Verhältnisses von Erfolg gekrönt sein wird.

Der „Sozialdemokratische Pressebrief“ schreibt zur Frage der Regierungsbildung folgendes:

Das Entschiedenste der hinter uns liegenden Wahlkämpfe ist die Anerkennung der Erfüllungspolitik durch eine große Mehrheit unseres Volkes. Sie will keine Experimente, sondern wünscht auch in außerordentlichen Verhältnissen eine Politik, die den Verhältnissen angepaßt, für unser Volk das herauszufinden, was herbeizuführen ist, und damit den Weg der Verantwortung freisetzt.

Das Ziel der deutschen nationalen Außenpolitik aber war eine Politik der Verständigung. Als a. B. vor der Reichstagsauflösung der Reichstangler März im Programm vorlegte und mit den Deutschen den besprochen, haben sie aus Liebe zur Gutsdamerstraße alles gescheitert, aber später erfolgte ein Widerruf nach dem anderen, daß die deutsche nationale Fraktion gar nicht daran gedacht hat, auch nur im geringsten auf den Boden der Erfüllungspolitik zu treten. Insbesondere war es Graf Westarp, der in einer Polemik gegen den Reichstangler den deutschen nationalen Willen zur Erfüllungspolitik betritt und seine Fraktion als die stichtische Gegnerin des bisherigen außenpolitischen Kurzes bezeichnete.

Alle das ist im Hinblick nicht unbefangt geblieben, und man kann es deshalb wohl verstehen, wenn den Deutschen nationalen jenseits des Rheins nicht nur kein Vertrauen entgegengebracht wird, sondern sie geradezu als Partei des Vertrauensbruchs betrachtet werden.

Diese Auffassung, die tief im Inneren des französischen Volkes wurzelt, wird sich natürlich auswirken, sobald den Deutschen die Möglichkeit der Reichsregierung eröffnet wird. Das weiß Herr Stresemann ganz genau. Aber er, der wiederholt dem Willen zur Verständigung unter dem Zwang der Tatsachen auch im Wahlkampf Ausdruck geben mußte, ist trotzdem heute wieder bereit, für den Eintritt der Deutschen nationalen in die Regierung einzutreten. In allen hierbei ausschließlich innenpolitische Gründe. Er stellt die reine Parteipolitik über die Außenpolitik. Erst die Partei und dann das Vaterland ist seine Parole und die der Volkspartei. Man glaubt, wie früher, auch heute noch die Deutschen nationalen nur durch eine Beteiligung an der Regierung in ihrer Stärke treffen und für sich selbst einen Vorteil herausfinden zu können. In diesem Vertrauen geht die Volkspartei über die zwar nicht geschriebenen, aber in wirklich parlamentarisch regierten Ländern als selbstverständlich geltenden Regeln hinweg und versucht, gemeinsam mit den Deutschen nationalen den tatsächlichen Sinn der abgefallenen Wahlen zu fälschen.

Rechnerisch kann niemand bestreiten, daß der Wahlkampf eine wesentliche Stärkung der republikanischen Parteien ergab, während die schwarzweiße Front einen Verlust zu verzeichnen hat. Außerdem wurde die Sozialdemokratie in den Reichstagen im Hinblick auf die stärkere Fraktion, und damit hätte sie, wenn die Deutschen nationalen nicht wären und nicht zum Sturz leben würden, entsprechend der von ihnen im Wahlkampf vertretenen Auffassung Anspruch auf einen Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung. Die Volkspartei hat damals ebenfalls, wenn auch mit weniger Entschiedenheit, den deutschen nationalen Standpunkt vertreten. Heute aber hört und liest man von dieser Auffassung nichts mehr. Sie gilt eben nur für den Fall, daß die Deutschen nationalen die Volkspartei siegen. Von dieser einseitigen Vertretung parlamentarischer Grundbegriffe, die nur in Deutschland möglich ist, hat das Ausland natürlich Kenntnis. Es macht sich bereits seine Gedanken darüber und sieht sich in der Auffassung bestärkt, daß die Deutschen nationalen eines Vertrauens wert sind.

So muß eine Beteiligung der 80prozentigen Politiker an der Reichsregierung von vornherein zu schweren Schädigungen gegenüber unserem Volk führen. Es ist a. B. ganz ausgeschlossen, daß der französische Ministerpräsident für den Fall der Bildung eines Bürgerblocks die deutsche Politik mit jenem Maßmaß, das er bisher angelegt hat. Er ist dazu aus innenpolitischen Gründen gar nicht in der Lage, wenn er sein Ziel erreichen will und nicht schon in wenigen Wochen Poincaré wieder die Geschäfte des französischen Volkes leiten soll. Das hat Herr Jortz übrigens wiederholt selbst erklärt. Auch in England ist man gegenüber den Deutschen nationalen nicht weniger mißtrauisch. Das ergibt sich ganz deutlich aus den Erklärungen, die der englische Außenminister vor wenigen Wochen abgab und in denen er eine Sinnesgemeinschaft mit unseren Deutschen nationalen weit von sich wies. Die Fassung seiner Worte ließ ohne Mißverständnis ein klares Mißtrauen gegenüber unseren „Nationalen“ erkennen. Die Ansicht über die deutschen Kriegsverlierer ist in anderen Ländern nicht im geringsten besser. Die deutschen nationalen Widerstandspolitik, die insbesondere auch während des Wahlkampfes von ihnen verteidigt wurde, hat überall einen starken Widerwillen hervorgerufen, so daß man fast bei allen Widerstandsmitgliedern einen Eintritt dieser Vorkämpfer der Verständigungspolitik in eine Reichsregierung als Schandtag gegen Gott betrachten würde.

Vorläufig steht die Entscheidung über die Erweiterung der jetzigen Reichsregierung oder ihre Demission noch aus. Sie dürfte wahrscheinlich am Mittwochabend fallen. Aber welcher Art sie auch sein mag: sicher ist, daß die Sozialdemokratie einen Mißbrauch des Volkswillens, der sich am 7. Dezember in nicht zu verkennender Form für die Linke entschieden hat, mit allen Mitteln befehdet wird. Sie dürfte zu dieser Wehr insbesondere mit Rücksicht auf die innen- und außenpolitischen Schädigungen, die unserem Volk bevorstehen, wenn es zu einem Bürgerblock kommt, entschlossen sein. Es ist anzunehmen, daß die Deutschen nationalen sich dieser bedauerlichen Wende anschließen, so daß der Zentrumspartei für den Ausgang der Reichsregierung insoweit eine Verantwortung von rechts die Verantwortung überbleibt. Ihre Haltung ist gegenwärtig außerordentlich, so daß wir allen Grund haben, die Parteigenossen bereits jetzt zur Kampfbereitschaft für die kommenden Tage aufzufordern.

#### Berichtigung.

In einer als Kommentar zu den Wahlergebnissen gestern im „Volksblatt“ niedergelegenen Redaktionelle am Berlin hand zu lesen, daß das „Berliner Tageblatt“ in Hebererstimmung mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand die Meinung teilt, daß das „Vossische“ am 7. Dezember demzufolge seinen

Ausdruck in der Bildung der Großen Koalition finden müßte. Das ist natürlich ein Irrtum. Der betreffende Passus der Meinung wurde fälschlich gelesen: „In Hebererstimmung mit dem demokratischen Parteivorstand“.

Der sozialdemokratische Parteivorstand denkt gar nicht daran, vorzeitig Schlussfolgerungen aus den zur Stunde noch gar nicht zu überlebenden tatsächlichen Kräfteverhältnissen zu ziehen.

#### Der Bürgerblock, ein Unglück.

##### Die Demokraten gegen eine Rechtsregierung.

„Aus demokratischen Kreisen verläutet, daß innerlich dieser Partei eine Widerrechtlichkeit im Reich von vornherein abgelehnt wird. Voraussetzungen für die bisherige Reichsregierung sind aber nach einer mit dem Reichspräsidenten zu vereinbarenden Kritik zu prüfen, und der Reichspräsident werde dann die in der Verfügung vorgezeichneten Schritte zur Bildung einer neuen Regierung tun. Es werde eine Verzichtserklärung damit betreiben, eine neue Regierung zu bilden. In demokratischen Kreisen ist man noch wie vor davon überzeugt, daß eine Regierung der Mitte stets für Deutschland am besten wäre. Da sie aber gegenwärtig keine Mehrheit hinter sich haben würde, sei das Ziel die Große Koalition. Es bestanden aber keine Aussichten, so hier die Deutsche Volkspartei mitmachen würde. Die letzte Möglichkeit sei die Bildung einer Rechtskoalition, an der sich die Demokraten keinesfalls beteiligen würden. Sie würden eine solche Regierung für ein schmerzhaftes Unglück für Deutschland halten.“

Die demokratische Fraktion tritt bereits am 16. Dezember ab ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Der bisherige Fraktionsvorsitzende wird abgewählt, sofort die Bildung eines Wahlkomitees vorgenommen, die dann unmittelbar nach der Wahlauflösung in der Fraktion im Reichstag eingeleitet werden soll. Bei der Wahl des Reichspräsidenten beabsichtigen die Demokraten dem von der stärksten Fraktion vorgeschlagenen Kandidaten ihre Stimmen zu geben. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die sozialdemokratische Fraktion wieder den Genossen Vorbe die Reichspräsidenten vorziehen wird.

#### Stimmen des Auslandes.

Paris, 8. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Die reaktionäre Presse in Frankreich bemüht sich, den Erfolg, den die republikanisch-demokratischen Parteien in Deutschland bei den Wahlen davongetragen haben, zu verkleinern und als unbedeutend hinauszustellen. Der Zweck dieses Manövers ist vor allem innenpolitischer Natur. Dementsprechend sind die Ausstellungen der „Information“ die daran erinneren, daß nach 1870 in Frankreich die republikanische Verfassung nur mit der Aufschwüchlichkeit von einer einzigen Stimme beschlossen worden ist, ein ganzes Jahrzehnt lang die Republik auf sehr schwachen Füßen geblieben hat und wiederholt gegen die gefährlichen Ansprüche ihrer Gegner vertheidigt werden mußte. Weiter als diese Auseinandersetzung zwischen Republik und Monarchie, die aller Wahrscheinlichkeit nach augustin der ersten der Entscheidung finden wird, sei für die nächste Zukunft die Frage der Regierungsbildung in Deutschland. Wenn es gelingen sollte, ein Kabinettskabinet aus den Sozialdemokraten zu bilden, so werde dadurch die Sache des Friedens erheblich gefördert werden. Wenn dagegen die Volkspartei des Herrn Stresemann an der Spitze aus neue Verhältnisse zu einer nachvollständigen Politik finde, so könne man auf unangenehme Hebererstimmen in den diplomatischen Beziehungen mit Deutschland und auf eine beträchtliche Verzögerung der Wiederaufnahme normaler Beziehungen gefaßt sein.

Genf, 8. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Die gesamte Schweizer Presse befaßt sich ausführlich mit den deutschen Wahlen, die als entscheidender Sieg der republikanischen Parteien bezeichnet werden. Besonders Genugtuung wird der völkisch-kommunistischen Niederlage aufgefunden und allgemein der entscheidende Sieg der Sozialdemokratie anerkannt. Die „Genfer Tribüne“ erklärt die deutschen Wahlergebnisse als ermutigend für die Friedenspolitik des französischen Volksblocks.

#### Amerika und die deutschen Wahlen.

Washington, 10. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Nach einer Meldung aus Washington betrachtet Präsident Coolidge die deutschen Wahlergebnisse als ein hoffnungsvolles Zeichen, insofern sie die Entschlossenheit des deutschen Volkes zeigen, den gemäß dem Dantesplan übernommenen Verpflichtungen weiter nachzukommen.

Die „Vossische Zeitung“ meldet, daß der jetzige Staatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr v. B. in dem als Kandidat für den bisherigen deutschen Botschafter in Washington in Aussicht genommen ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Stresemann diese Wahl in Verbindung mit seinen Beziehungen zu der Rechtskoalition hat. Er würde die Wahl zu haben, für diesen Fall an Stelle des Staatssekretärs B. einen Vertreter aus der Deutschen nationalen Partei zu entnehmen.







Halle und Gaalpreis.

Halle, den 10. Dezember 1924.

Es war so schön gewesen.

Vor der Wahl.

Freudlich und patriotische Begeisterung haben bei den Nationen die ersten Triebe gemacht. Sie hielten, daß die Hände...

Sturm! Sturm! Sturm!
Stürzt die Gloden von Turm zu Turm!
Stürzt, daß die Franken zu Irden beginnen,
Stürzt, daß die Erde sich wimmeln,

Aus dieser Gollmattigkeit wieder auf noch originell. Er hat ganz offensichtlich die Wäter mehr beiseite; aber gleichwohl, die Rede hat getobt, und wenn das Brennen und Warten und Täten...

Und die Kommunisten hatten ihre Schläger; wir sprachen schon gestern vom Vorgehen der Reichsvereinszentrale. Der hiesige „Majestätskult“ hätte jedoch noch einen „Schläger“.

Auf der ersten Seite der 1. Beilage:
Einen Schritt dem Gemeinwohl:
Der Gaalpreis will, nicht SPD.

Als Eindruck der Verfallungskampagne mußte das Blatt schon zu melden. Denn während die Arbeiter der bürgerlichen Parteien einseitig die SPD.

Nach der Wahl.

Die „Vollgemeinschafter“ haben ein böses Erwachen erlebt. Das zeigte sich besonders in der hallischen Unversität am Montag, der ein „blauer Montag“ im wahren Sinne des Wortes war.

11 Uhr: Stenogramm der Korporationen.
„Es ist lächerlich“, rief ein gewisses Gesicht auf, „daß die Preise die Gefühle des Volkes in ihren Händen hat. Die Stinken haben Geld wie Heu, alles wird hinter den Rücken gemacht, die Masse gefoltert.“

Was ist Schandest, alles ist Geldstinkt, meinte die Gemeinde am Schluß der Besatz in großem Chor.
So hat man denn so schnell den Fackelzug auf der Straße besprochen? Die Fackelzug des Appell, dazu die Heftspundene muffelische Leistung.

Bridericus hier in der Erinnerung verflocht? Wird das Volk nicht verachtet von der Nation als „Stimmloch“ behandelt?

Es muß eben etwas Verschiedenes für das deutsche Volk da sein, das es regiert und es in Hügel hält. Wenn man aber die Derrert fragt, wie sie sich denn eigentlich dieses „Gerichten“ denken, dann bekommt man die Antwort: „Ich bin kein Monarchist, kein Anhänger des politischen Kabinetts, auch würde eine Regierung im Sinne Wilhelm II. mich nicht stören.“

Die Hoffnung auf das Stimmloch war zu übertrieben groß, und nun kommt der Abenamer nach. Wir glauben, die Verse und Karikaturen werden jetzt noch miserabler ausfallen.

Der pfiffige Krankentassenvorkand.

Vor die Türen wurden die Vertreter des Ausschusses der Allgemeinen Krankentassenhalle (Galle) neuerwählt. Die Amtsperiode der Ausschussmitglieder, die eine vierjährige ist, läuft jetzt ab und es macht sich wiederum eine Neuwahl notwendig.

Der jetzt amtierende Vorstand der Krankentasse steht bei den Mitgliedern der Krankentasse nicht im besten Ansehen. Abgesehen davon, daß er die Versprechungen, die den Kassentagelassen vor der letzten Wahl gemacht wurden, nicht erfüllt hat, sind von diesem Vorstand im Betriebe der Halle Dinge gebüht, wenn nicht gar begünstigt worden, die dem Empfinden des größten Teils der Kassentagelassen widersprechen.

Diese Dinge wurden nach und nach auch einem größeren Kreis von Mitgliedern der Kasse bekannt, und die Kassentagegen dieses Systems, das der letzte Vorstand gebildet, da die überwiegende Mehrheit der Vorstandsmitglieder selbst der SPD, anhebt, wurde immer größer. Der Vorstand muß deshalb beirätet, daß die Neuwahl des Ausschusses eine Zusammenkunft bringt, die keine Wiederwahl gestattet. Da die Wahl nicht mehr hinausgeschoben werden kann, vertritt der Vorstand nun durch einen Eid seine Situation zu verbessern.

Die aus der unterer Montagabend-Sitzung veröffentlichten Beschlüsse des Vorstandes der Kasse, hervorzuheben, hat der Vorstand bestimmt, daß 26 von ihm herausgewählte Betriebe am Sonntag, dem 17. Januar, ihr Wahlrecht ausüben, während die Arbeitnehmer der nicht aufgeführten Betriebe ebenso wie die Arbeitgeber allgemein am darauffolgenden Sonntag, dem 18. Januar, wählen sollen.

Es ist die Befürchtung, daß die Wahl nicht, wenn sie auf Grund der Zeichnung ausfällt, nicht einwundern. Das Aufhänge ist aber, daß die genannten Betriebe, die das Vorkrecht genießen sollen, die Ausübung des Wahlrechts nicht nur aus dem Grunde, sondern auch aus dem Grunde, in denen die Kommunisten der Partei noch einen guten Namen anhängen, die ersten selbst für eine dem reinen Vorkand sämtliche Wahlgeschäfte hinnehmen würden und dann auch den nötigen Nachdruck auf die übrigen Arbeitnehmer dieser Betriebe ausüben würden, damit diese ebenfalls für die kommunalistische Partei stimmen. Auf diese Weise würde schon eine sichere Mehrheit für die Partei erzielt und die Stimmen der übrigen Mitglieder, die in den Betrieben abstimmen, und von denen in neuerer Zeit immer den

Krankentassenangelegenheiten nicht das genügende Interesse entgegenbringt, dann nicht mehr so schwer im Gedächtnis.

Wir glauben aber, daß die Mitglieder in ihrer Mehrheit nicht mit diesen Vorreden einverstanden sind. Sie werden es nicht beifügen, warum die Mitglieder der Kasse hier mit ungleichem Maße zum Ausdruck werden. So werden besonders die Mitglieder größerer Betriebe, die nicht zu den bevorzugten Betriebsmitgliedern gehören, wohl fragen, warum sie nicht aus dem schon am Sonntagabend, dem 17. Januar, und zwar in derselben Weise wie die 26 genannten Betriebe, wählen dürfen.

Es ist daher zu erwarten, daß gegen die ungleiche Befreiung der Krankentassenmitglieder erobert wird, und auch der Ausschuss der Kasse wird sich mit diesem eigenartigen Vorhaben des Vorstandes beschäftigen müssen. Wie wir erfahren haben, hat der Vorstand den Ausschuss von seiner Pflicht nicht unterrichtet, trotzdem Ausschuss und Vorstand noch einen oder zwei Tage vorher, ehe die Bekanntmachung der Öffentlichkeit übergeben wurde, in einer Sitzung beisammen waren.

Beifügt regnet der Vorstand auch mit einem derartigen Vorbehalt für Unzufriedenheiten der Wahl führen könnte. Aber er hat sich nicht, auch nicht mit dem Gemeinwohl, indem sich noch eine Gelegenheit ergibt, aber nur so lange im Amt, bleiben kann, bis der Vorstand eine erneuerte Neuwahl erzieht. Der Frau geht aber nur so lange zum Wasser, bis er kriecht. Und auch dieser Frau bricht einmal. Er muß dreuen!

Das nächste Fürsorgeamt.

Eine jährliche Armenverwaltung gibt es nicht mehr. Ihre Aufgaben sind mit auf das städtische Fürsorgeamt übertragen, das dem Stadtrat Herr Dr. Man unterstellt ist. Bisherig erzieht sich die Fürsorge über rund 2000 Sozialrentner (Alters-, Unfall- und Invalidenrentner), 1200 Kleinrentner und 400 Früher der Armenverwaltung angehörende Personen. Mit dem Fürsorgeamt verbunden ist das Jugendamt, dem die Fürsorge für Personen unter 21 Jahren obliegt. Zur Erleichterung der Geschäfte sind besondere Deputationen für das Fürsorgeamt und für das Jugendamt errichtet worden. Die Erster besteht aus 26 Personen, nämlich aus 3 Mitgliedern des Magistrats, 3 Stadtratsmitgliedern, 8 Bezirksvorstehern, 4 Vertretern der freien Wohlfahrtsvereine, 3 Vertretern der kirchlichen Wohlfahrtsvereine, 2 Jünglingen in der Wohlfahrtsvereine erfahrenen Männern und Frauen, dem Stadtmehdinalrat und dem Direktor des Jugendamtes. Bisherige Woche fand die konstituierende Sitzung der Fürsorge-Deputation unter Vorsitz des Stadtrats Dr. Man statt. Nach einem sehr instruktiven Berichte des Vorsitzenden über Entwicklung, Stand und Ziele der Fürsorge wurden drei Interzessionsfähige für Vorbereitung des Haushalts, für Darlehensanträge und für Beschlüssen gewählt, ebenso drei Mitglieder zum Beirat der Fürsorge-Deputation unter Vorsitz des Stadtrats Dr. Man. Nach einem sehr instruktiven Berichte des Vorsitzenden über Entwicklung, Stand und Ziele der Fürsorge wurden drei Interzessionsfähige für Vorbereitung des Haushalts, für Darlehensanträge und für Beschlüssen gewählt, ebenso drei Mitglieder zum Beirat der Fürsorge-Deputation unter Vorsitz des Stadtrats Dr. Man. Nach einem sehr instruktiven Berichte des Vorsitzenden über Entwicklung, Stand und Ziele der Fürsorge wurden drei Interzessionsfähige für Vorbereitung des Haushalts, für Darlehensanträge und für Beschlüssen gewählt, ebenso drei Mitglieder zum Beirat der Fürsorge-Deputation unter Vorsitz des Stadtrats Dr. Man.

Stahlhelme auf dem Kriegspfade.

Nichttrübe Beamte werden Cyber der Heiseleien.
Die Beamten in der Heiseleien konnten in letzter Nacht nicht ohne Vorwissen davon, was ein einziger Mann mit dem Namen und den „anständigen“ Beinen ansehender Männer mit dem Namen Heiseleien die „Internationale“ gebildet wurde. Auch wurden Vorberührende beauftragt, und die in den Beuten verfallenen Vorkandgespräche erlöteten in solch neugieriger Zorn, daß man die Hohlheit nationaler Gemüter nur bestaunen kann. Eine Unzahl weiterer aufsehender Männer jedes — auch höheren — Vorkandes, deren über Heiseleien dem Umfang ihrer Anteile durch den Vorkand erlöteten von fern und weitest gleichfalls „Kommunisten“.



Wachnachts-Preise

Table with 4 columns: Kleiderstoffe, Seldentstoffe, Handtaschen, Wollwaren. Lists various goods and their prices.

Brummer & Benjamin

Größe Ulrichstraße 22/23. Halle a. S. Rannischer Platz.



berstehen. Der ergebnisreichste erhielt 118 (54), ...  
Zählungen 12 (6) und Dittchenrode 24 (21) Stimmen. ...  
Kesslersberg, Gräbter Dieb. In der vorkonigen Woche wurden ...  
Schmerlendorf. Schöner Erfolg. Auch in unserem Ort konnten ...

## Gewerkschaftliches.

### Die Gewerkschaften und der 7. Dezember.

Das Ergebnis der Reichstagswahlen ist für die Gewerkschaften von großer Bedeutung. Die Gewerkschaften haben sich jetzt mehr ...  
Es darf hier festgehalten werden, daß sowohl der Bundesvorstand des DDBB. als auch die gesamte Gewerkschaftspresse in dieser ...  
Der Erfolg ist auch nicht unbedeutend. Von den 7.800.000 ...  
Die Gewerkschaften auf sich vereinigen konnte, dürfte die ...  
Der Bund der Arbeiter hat sich nicht nur als ein ...  
Die 8.000.000 Stimmen, die die Kommunisten diesmal noch ...  
Die Gewerkschaften sind imstande, ihren Kampf zu ...  
Der nunmehr abgeklommene Wahlkampf hat uns aber auch ...  
Der Erfolg ist auch nicht unbedeutend. Von den 7.800.000 ...  
Die Gewerkschaften auf sich vereinigen konnte, dürfte die ...  
Der Bund der Arbeiter hat sich nicht nur als ein ...  
Die 8.000.000 Stimmen, die die Kommunisten diesmal noch ...  
Die Gewerkschaften sind imstande, ihren Kampf zu ...

Erhöhung von 9 Prozent vorliegt. Die Organisationen der ...  
Beilegung des Holzler Streiks. Der Streik der Holzler Arbeiter ...  
Aus aller Welt.  
Der Haarmann-Prozess.  
Der Dienstbotenstreik bringt wenig Neues. ...  
Die Deutsche Arbeiterbewegung hat sich ...

## Mansfelder Bunde.

Esleben, den 10. Dezember 1924.

### Der Wahlkampf in Mansfeld.

Von geschätzter Seite wird uns geschrieben:  
Nach dem überaus glänzenden Wahlsieg, in dem die Stadt ...  
Der Erfolg ist auch nicht unbedeutend. Von den 7.800.000 ...  
Die Gewerkschaften auf sich vereinigen konnte, dürfte die ...  
Der Bund der Arbeiter hat sich nicht nur als ein ...  
Die 8.000.000 Stimmen, die die Kommunisten diesmal noch ...  
Die Gewerkschaften sind imstande, ihren Kampf zu ...

Sozialdemokraten:  
Gesamtstimmen 4201 Stimmen.  
Kommunisten:  
Gesamtstimmen weniger 1600 Stimmen.  
Deutschnationale:  
Gesamtstimmen mehr 1476 Stimmen.  
Dennoch haben die Kommunisten in ihrer Zentrale ...  
Die Gewerkschaften sind imstande, ihren Kampf zu ...

Die Gewerkschaften sind imstande, ihren Kampf zu ...  
Der Erfolg ist auch nicht unbedeutend. Von den 7.800.000 ...  
Die Gewerkschaften auf sich vereinigen konnte, dürfte die ...  
Der Bund der Arbeiter hat sich nicht nur als ein ...  
Die 8.000.000 Stimmen, die die Kommunisten diesmal noch ...  
Die Gewerkschaften sind imstande, ihren Kampf zu ...

Der Haarmann-Prozess.  
Die Deutsche Arbeiterbewegung hat sich ...  
Der Dienstbotenstreik bringt wenig Neues. ...  
Die Gewerkschaften sind imstande, ihren Kampf zu ...

Schiedsgericht für den Wachsen Steintohlenbergbau  
Die vier der Wachsen Steintohlenbergbau ...

Der Haarmann-Prozess.  
Der Dienstbotenstreik bringt wenig Neues. ...  
Die Gewerkschaften sind imstande, ihren Kampf zu ...

Nur für Wiederverkäufer!  
Sie kaufen bestimmt am  
vorteilhaftesten in einer  
Spezial-Großhandlung.  
Schokolade: Bonbon, Kakao, Keise  
Willy Voigt, Halle a. S.  
Markt 6 (Ecke Schillerstr.). - Tel. 4738.

Liebes Publikum  
Wir werden uns verstehen, wenn Ihr erst eine Karmitri geraucht hat  
Wie sind Zigarettenfabrikanten  
aber keine Reklamefabrikanten  
also probiert und erspart uns die Reklame, von der wir wirklich nichts verstehen  
ZIGARETTEN-FABRIK  
AKTIENGESELLSCHAFT  
KAR MITRI

Guter Schlaf  
ist das beste Mittel. Metallbetten für  
Ordnung und Ruhe.  
Tabakwaren  
Abonnements  
und Inserate  
W. Christange, Esleben  
Grabenstraße 50

